



Liebe Freunde,

der Sommer hat begonnen. Ich hoffe, Sie haben alle Zeit ihn zu genießen, zuhause oder auch in anderen schönen Teilen der Welt.

Ich habe im Frühjahr zwei Reisen gemacht: Nach Brasilien mit dem Umweltminister und als Vorsitzende der deutsch-baltischen Parlamentariergruppe nach Estland, Lettland und Litauen. Die Reisen der über 50 Parlamentariergruppen des Deutschen Bundestages dienen der Pflege der Kontakte mit anderen Parlamenten. Seit diesem Jahr ist die Grenze dieser Länder zu Russland und Weißrussland die Schengengrenze. Deswegen sind wir in Narwa (Estland) gewesen und haben uns die Grenze zu Russland angesehen. In Riga haben wir eine russische Schule besucht, die als erste Fremdsprache Deutsch unterrichtet, in Litauen standen Gespräche mit dem Landwirtschaftsministerium im Vordergrund, da es dort über das „Twinningprogramm“ der EU eine sehr intensive Zusammenarbeit mit Deutschland gibt.

In den letzten fünf Monaten absolvierte eine Stipendiatin aus Georgien, Frau Tamara Davitaia, ein Praktikum in meinem Büro. Viele von Ihnen haben mit ihr am Telefon gesprochen, sie war im Wahlkreis und hat ihr Land mit einer kleinen Powerpointpräsentation in den Schulen in Mölln und Bad Oldesloe vorgestellt. Wir alle haben durch Sie viel über Georgien gelernt.

Ich wünsche Ihnen weitere schöne Sommertage und einen erholsamen Urlaub.

Herzlichst, Ihre

Informationen aus Berlin
von Dr. Christel Happach-Kasan
Ausgabe Juli/August 2008



www.happach-kasan.de

In Brasilien mit Bundesumweltminister Gabriel

Vom 27. 04. bis 3.05. war ich in Brasilien begleitet von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel zusammen mit Mitgliedern des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages, Mitarbeitern im Ministerium, sowie Vertretern von BUND, Nabu und Greenpeace. Es war eine sehr interessante Reise, mit Gesprächen mit der damaligen Umweltministerin (sie ist inzwischen zurückgetreten), einer Fahrt auf dem Amazonas mit Besuchen in zwei von der Subsistenzwirtschaft lebenden Dörfern, vielen Flügen über den Urwald, sowie einem Besuch einer Äthanolproduktionsanlage.



Im Fazit möchte ich festhalten: Der gesetzliche Schutz des Regenwaldes durch Brasilien ist anerkennenswert, die Umsetzung des gesetzlichen Schutzes scheitert jedoch an der Größe der Fläche, dem nicht ausreichenden Personal. Bei den Flügen über den Urwald war deutlich zu erkennen, dass jede Straße im Urwald zu weiterer Zerstörung in den angrenzenden Flächen führt. Der Schutz des Regenwaldes sollte durch

Aufbau von Flächenkatastern unterstützt werden - nur wenn man weiß, wem eine Fläche gehört, kann man den Eigentümer für ungesetzliches Verhalten zur Rechenschaft ziehen.

Die Ausweisung von unberührten Schutzgebieten sollte gefördert werden. Die Strategie, in Europa mit Importverboten für illegal eingeschlagenes Holz den Urwald in Brasilien zu schützen, sind jedoch ungeeignet. Sie führen bei uns zu mehr Bürokratie, ohne den Regenwald in Brasilien wirkungsvoll zu schützen.

Die Äthanolproduktion in Brasilien auf der Grundlage von Zuckerrohr ist weitgehend als nachhaltig zu bewerten. Dem stimmten die anwesenden Vertreter von WWF und Greenpeace zu. Die Abschottung des europäischen Marktes ist nicht gerechtfertigt.

Die in Meseberg festgelegte Biokraftstoffquote von 17% muss aufgehoben werden, da sie einen Anreiz zum Soja- und Palmölanbau bietet und damit das illegale Roden des Regenwaldes begünstigt. Zuckerrohr wächst nicht im Regenwald.

In dieser Ausgabe:

Vorwort	1
In Brasilien mit Bundesumweltminister Gabriel	1
Tierhaltung durch Nulltoleranz gefährdet	2
EU-Pflanzenschutzpläne gefährden Landwirtschaft und Gartenbau	2
Verbraucherschutzindex - Schleswig-Holstein trauriges Schlusslicht	3
Kastanien schützen - Miniermotte bekämpfen	3
Verkehrsprobleme in Ratzburg	4

INFO - HAPPEN

Tierhaltung durch Nulltoleranz gefährdet

Die Grillsaison ist eine richtig schöne Jahreszeit. Politische Entscheidungen in der EU können allerdings dazu beitragen, dass in der Zukunft unser geselliger Grillabend zur Luxusveranstaltung wird. Die Tierhaltung in Europa und in Deutschland ist auf den Import von eiweißhaltigen Futtermitteln angewiesen. Der britische EU-Kommissar Peter Mandelson hat deshalb bereits im vergangenen Jahr darauf aufmerksam gemacht, dass in den USA, Kanada, Argentinien und Brasilien gentechnisch veränderte Sorten angebaut werden, die bisher keine Zulassung für den Import nach Europa haben, deren Verfütterung also bei uns illegal ist.



Das bedeutet eine erhebliche Verknappung von Sojaprodukten von zugelassenen Sorten. Die Möglichkeit erhöht sich, dass dem importierten Sojaschrot geringfügige Mengen von in Europa nicht zugelassenen Sorten beigemischt sind. Dies führt dazu, dass eine solche Lieferung in Europa als Futter nicht genutzt werden darf. Beides führt zur Verteuerung der Importe, zur Verteuerung von Sojaschrot aus konventionell gezüchtetem Soja wie auch von gentechnisch verändertem Soja, führt zur Verteuerung der Tierhaltung, und damit zur Verteuerung der Lebensmittel. Der Grillabend wird zur Luxusveranstaltung. Es besteht die Gefahr, dass die Schweine- und Geflügelproduktion in Europa um bis zu 50% gemindert wird und gleichzeitig der Import von Schweine- und Geflügelfleisch erhöht wird. Das sind dann Fleischimporte von Tieren, die mit genau den gentechnisch veränderten Sorten gefüttert wurden, deren geringfügige Beimischung in der EU zurzeit verboten ist. Das zeigt, wie absurd die derzeit gegebene rechtliche Situation ist. Das ist genauso als würde man in Europa im Maschinenbau Roboter verbieten, aber die Einfuhr der mit Robotern produzierten Autos zulassen.

Die Situation ist verfahren, aber nicht völlig aussichtslos. Die Schweiz hat bereits reagiert und die auch dort bisher geltende Nulltoleranz gegenüber nicht zugelassenen Sorten durch die Einführung eines Toleranzschwellenwerts von 0,5 % ersetzt. Die FDP will nach dem Vorbild der Schweiz, einen Toleranzschwellenwert für Sorten einführen, die in Nord- und Südamerika zugelassen sind. Die Beimischungen von in den USA zugelassenen Sorten mindern die Qualität des Tierfutters in keiner Weise. Daher ist die Beibehaltung der Nulltoleranz ebenso wie die Festsetzung eines niedrigen Toleranzschwellenwerts reine Schikane, eine Verbeugung vor den Kampagnen von Gentechnikgegnern und eine Missachtung der existentiellen Interessen tierhaltender Betriebe.

EU-Pflanzenschutzpläne gefährden Landwirtschaft und Gartenbau

Die drastische Verminderung der derzeit zur Verfügung stehenden Pflanzenschutzmittel für die Bekämpfung von Schadorganismen in der Landwirtschaft und im Gartenbau durch die EU hat eine nicht mehr hinnehmbare Größenordnung erreicht.

Mit dem Verordnungsvorschlag zur Reform der Richtlinie über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln verfolgt die Europäische Kommission nach eigener Aussage, „die Harmonisierung der Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln für Landwirte in den verschiedenen Mitgliedsstaaten, mehr Transparenz und die Aktualisierung der Verfahren“. Nach jetzigem Stand wird die Richtlinie bereits Ende 2008 bzw. Anfang 2009 umgesetzt werden.

Die Bundesregierung räumt in der Antwort auf eine Kleine Anfrage ein, dass die Auswahl der zur Verfügung stehenden insektiziden Wirkstoffe, insbesondere in gartenbaulichen Kulturen, derzeit schon erheblich eingeschränkt sei, so dass für viele Anwendungsgebiete nur wenige oder keine Insektizide mehr zur Verfügung stünden. Vor dem Hintergrund der relativ geringen Zahl an Wirkstoffgruppen im Pflanzenschutzbereich verweist die Regierung



auf die ausgesprochen große Gefahr von Resistenzbildungen der Schadorganismen gegen die eingesetzten Mittel. Eine weitere Verminderung der Zahl insektizider Wirkstoffe würde aller Voraussicht nach dazu führen,

dass bestimmte Kulturen in Deutschland nicht mehr wirtschaftlich angebaut werden könnten.

Die Bundesregierung selbst hatte noch im vergangenen Jahr das Ziel vorgegeben, das Auftreten der Schadorganismen mit den verfügbaren pflanzenbaulichen Verfahren und dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln unter der wirtschaftlichen Schadschwelle halten zu wollen. Das wird, wenn die EU-Pläne verwirklicht werden, künftig nicht mehr möglich sein. So hat z. B. in den letzten zwei Jahren der Rapsglanzkäfer (Bild) in Teilen der Deutschen

Landwirtschaft Ertragsausfälle von bis zu 100 Prozent verursacht, der Maiszünsler verursachte besonders in den südlichen Landesteilen Schäden in Höhe von elf Millionen Euro.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, alles zu tun, um die Umsetzung der EU-Pläne im Pflanzenschutzbereich zu verhindern.

Verbraucherschutzindex - Schleswig-Holstein trauriges Schlusslicht

Der Verbraucherschutzindex beschreibt den Stand der Verbraucherarbeit aller 16 Bundesländer. Die zum dritten Mal vorgelegte Studie beruht auf einer Analyse der Arbeit von Landesregierungen, Landesparlamenten, Kontrollbehörden und Verbraucherzentralen.

Der aktuell im Juli vorgelegte Bericht bezieht sich auf den Erhebungszeitraum 2006/2007. Er gibt Schleswig-Holstein als einzigem Bundesland die Note „mangelhaft“. Dies sollte ein Warnschuss für die schwarz-rote Landesregierung sein, die dem Verbraucherschutz offensichtlich nur eine minimale Bedeutung beimisst.

Anders als in anderen Ländern ist in Schleswig-Holstein kein Landesministerium für Verbraucherschutz zuständig, es gibt keinen zuständigen Landtagsausschuss, die Mittel für die Landesverbraucher-



zentrale wurden heruntergefahren. Die Verbraucherarbeit in Schleswig-Holstein wird unterstützt durch eine Landeszuweisung von 28 Cent pro Kopf der Bevölkerung. Im Bundesdurchschnitt sind es 35 Cent. Diese geringe Mittelzuweisung wie auch das offensichtliche Desinteresse der

Großen Koalition an Verbraucherschutzfragen sowie das Fehlen eines Verbraucherschutzberichts führen zu diesem katastrophal schlechten Abschneiden von Schleswig-Holstein.

Es ist offensichtlich, dass die schlechte Finanzsituation des Landes Schleswig-Holstein, Rechnungshofpräsident Alois Altmann fordert den Abbau von 6000 Landesstellen, dazu

führt, dass das Land selbstgestellte Aufgaben wie den Verbraucherschutz nicht mehr angemessen durchführen kann.

Kastanien schützen - Miniermotte bekämpfen

Seit mehreren Jahren ist die Kastanie, die in Deutschland besonders als Park- und Alleebaum beliebt ist, gefährdet. Kastanienbäume werden von einem Kleinschmetterling, der Rosskastanien-Miniermotte, heimgesucht. Zwischenzeitlich hat sich die Miniermotte im gesamten mitteleuropäischen Raum ausgebreitet, in Deutschland finden sich derzeit praktisch keine Regionen mehr, in denen die Motte nicht zu finden ist. Die Raupen der Miniermotte befallen bereits im Frühjahr die Blätter der Rosskastanien und zerstören bis zum Spätsommer nahezu die gesamte Blattmasse der Bäume. Die Schädigung der Kastanien zeigt sich durch unansehnliche braune Blattflecken.

Langfristig werden die Kastanien durch den Fraß der Miniermotte geschwächt und es kann

zum Absterben der Bäume kommen. Zwar kommt den Rosskastanien in Deutschland nur eine geringe forstwirtschaftliche Bedeutung zu, der Erhalt der Bäume ist jedoch für das Städte- und Landschaftsbild und somit unter kultur- und tourismuspolitischen Aspekten von großer Bedeutung. Auch besitzt die Kastanie in den urbanen Zentren eine wichtige stadtklimatische Funktion.

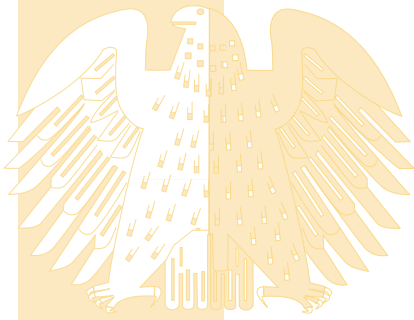
Wirksame Mittel zur flächendeckenden Bekämpfung der



Miniermotte in Deutschland gibt es bislang nicht. Nach Angaben der Bundesregierung ist das Entfernen des Herbstlaubs zurzeit immer noch das effektivste Verfahren, den Befall einzudämmen. Diese Maßnahme belastet die Kommunalen Haushalte in Deutschland mittlerweile stark. Die Bundesregierung beziffert die Kosten für die Laubentfernung mit etwa mit 8 Millionen Euro im Jahr. Fachleute sind sich einig, dass die alljährlich durchgeführten Kastanienlaub-Sammelaktionen, vielfach organisiert durch die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW), helfen, den Befall einzudämmen und die Vitalität der Bäume zu erhalten. Sie können allerdings die weitere Verbreitung des Insekts nicht aufhalten.

Die FDP-Bundestagsfraktion setzt sich für

weitere Forschungen zur Bekämpfung der Miniermotte ein. Es sollten rasch Strategien zur Bekämpfung der Rosskastanien-Miniermotte beim Erstbefall entwickelt werden. Nicht alle Kastanienarten werden von der Krankheit gleich stark befallen. Deshalb sollten verstärkt nur noch die rotblühenden, gegen den Befall durch die Rosskastanien-Miniermotte resistenten Kastanien gepflanzt werden.



Informationen aus Berlin von
Dr. Christel Happach-Kasan, MdB
(V.i.S.d.P.)

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: (030) 227-70205,

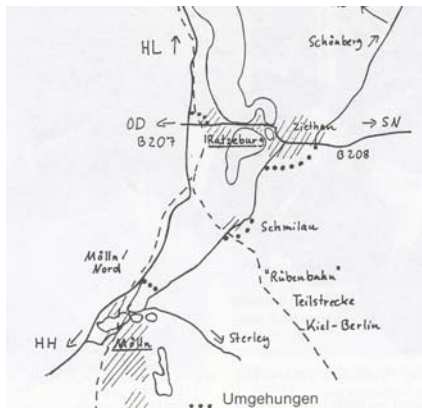
Telefax: (030) 227-76113

Email: christel.happach-kasan@bundestag.de

Internet: www.happach-kasan.de

Verkehrsprobleme in Ratzeburg

Jedem, der 1990 in Ratzeburg gelebt hat, war klar, dass Ratzeburg eine Lösung für seine Verkehrsprobleme braucht, die durch die Deutsche Einheit entstanden sind. Die Ratzeburger FDP hat sich damals intensiv mit der Lösung des Ratzeburger Verkehrsproblems befasst. Wir haben seit 1990 genau die Lösung für eine Umgehung vorgeschlagen, die inzwischen die kommunalen Vertretungen von Ratzeburg, Mölln und Schmilau beschlossen haben - die Große Umgehung über die Nordspange Mölln mit Umgehung von Schmilau. Der Zeitablauf hat uns in dieser Einschätzung Recht gegeben. Verschiedene Verkehrsgutachten, haben gezeigt, dass 80% des PKW-Verkehrs in Ratzeburg so genannter "Quell- und Zielverkehr" sind und nur 20% Durchgangsverkehr. Eine Umgehung, wie immer sie auch aussehen mag, kann daran nichts ändern. 80% des Personenverkehrs kommt aus Ratzeburg und strebt Ziele in Ratzeburg an. Beim LKW-Verkehr hat die Verkehrszählung jedoch ein anderes Zahlenverhältnis zwischen Durchgangs- und Ziel- und Quellverkehr ergeben. Die Hälfte der LKW sind Durchgangsverkehr. Eine Umgehungsstraße würde also Ratzeburg von der Hälfte des LKW-Durchgangsverkehrs entlasten. Der Bau der Großen Umgehung eröffnet auch die Möglichkeit, Ratzeburg nachts für LKW-Verkehr zu sperren. Das Land hat die



Möglichkeit, dies anzuordnen, sofern angemessene Alternativen vorhanden sind. Ich hatte bereits Anfang 2005 nach der Öffnung der A 20 dem damaligen Verkehrsminister von Schleswig-Holstein eine solche Lösung vorgeschlagen. Er hat sie abgelehnt.

Die Inselstadt Ratzeburg hat eine wunderschöne Lage, die für die Organisation des Verkehrs allerdings einige Schwierigkeiten bereitet. Für den PKW-Verkehr bringt eine Umgehungsstraße nur eine minimale Entlastung, es lässt sich aber eine deutliche Entlastung vom LKW-Verkehr erzielen. Für den PKW-Verkehr muss nach anderen Lösungen gesucht werden. Überall dort, wo Fußgänger die Straße queren, bilden sich Staus. Deshalb sollte der PKW-Verkehr um den Marktplatz geführt werden, wie es jetzt auf der Entlastungsstraße geschieht, damit Fußgänger möglichst ungehindert und ohne den PKW-Verkehr zu behindern, die Straße queren können.

In der Stadt Ratzeburg haben Politiker vielfach ortsnahe Umgehungen der Insel versprochen. Diese Versprechen ließen sich erwartungsgemäß nicht realisieren. Jetzt gibt es eine gemeinsame Beschlussfassung der Städte Ratzeburg und Mölln und der Gemeinde Schmilau, die den Interessen der drei Kommunen gerecht wird. Wir sollten diese Chance zum Wohle Ratzeburgs nutzen.

Ich habe Interesse an weiteren Informationen zu folgenden Themen:

(Bitte schicken Sie uns ein Fax an 030/227-76113 oder eine E-Mail an christel.happach-kasan@bundestag.de)

- Rede von Dr. Guido Westerwelle auf dem FDP-Bundesparteitag „Wir wollen mutig vorgehen“
- Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Mögliche Strategien zur Bekämpfung der Rosskastanien-Miniermotte in Deutschland“
- Geplantes Wasserlaufkraftwerk bei Geesthacht
- Der Fall Percy Schmeiser – Eine Stellungnahme von Christel Happach-Kasan
- Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Gefährdung des Obstanbaus durch den Feuerbranderreger in Deutschland“
- Sonstiges: _____

Name: _____

E-Mail: _____